Nr. 16. 15. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3195) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolportöre wöchentl. 30 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Sonnabend, den 19. Januar 1901.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen, sowie in sämmtlichen Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Filialen: Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde, Lokstedt und Eidelstedt bei Carl Dreyer, Belle-Alliancestr. 54, pt. l., Eimsbüttel. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel, Fuhlsbüttel, Ohlsdorf und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbek, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heitmannstraße 12, Barmbek. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbek bei Carl Ortel, Baustr. 26, Hs. 8, 1. Etage, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbek, Wandsbek und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 89, Altona. Ottensen, Bahrenfeld, Othmarschen-Blankenese bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Was macht Graf Posadowsky?

Berlin, 17. Januar.

Wenn Fürst Bismarck seinerzeit mit seiner unvergleichlichen Bosheit sich dahin aussprach, die Minister brauchten nicht „dickfellig" zu sein, so muß man heute dem Grafen Posadowsky doch zugestehen, daß er gut gepanzert ist. Seit Tagen schon dreht sich die Debatte im Reichstage um das Gehalt des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, resp. wird die Thätigkeit dieses Reichsamts kritisirt, und selbstverständlich spielen die 12 000 Mark immer wieder in diese Debatte herein. Zwar hat der Staatssekretär noch geantwortet und sich zu vertheidigen gesucht; meist schweigt er sich jedoch über den Gegenstand aus; er ist wieder ganz „Kugelfang" geworden. Er wird noch manche Kugel aufzufangen haben, denn die 12 000 Mark werden so bald nicht wieder aus den politischen und parlamentarischen Diskussionen verschwinden.

Die Freunde des Grafen geben sich alle Mühe, die am politischen Horizont aufgezogene Wolke zu verscheuchen. Und wunderbar — welche Wandlung hat sich da vollzogen? Der Reichskanzler nannte — das ging einmal nicht anders — die Affäre mit den 12 000 Mark einen Mißgriff und alle Parteien waren mit ihm darin einig, vielleicht mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokratie, welche in dieser Sache mehr als nur einen „Mißgriff" sah. Dann wurde abgetönt; Graf Posadowsky stellte sich mit bewegter Stimme als einen Freund und Wohlthäter der Arbeiter hin und die „loyale" Presse half ihm dabei tapfer mit. Man kam allgemach zum Gegentheil; es gab Zeitungen, die — wir wissen nicht, ob gegen Belohnung oder nicht — ganz plötzlich behaupteten, der Staatssekretär habe sich mit seinem Verhalten „um das Vaterland verdient gemacht". Selbst das Zentrum, das doch die vom „Arbeiterfreund" Posadowsky so energisch vertretene Zuchthausvorlage mit der bekannten Schroffheit abgelehnt hat, stimmte seinen Ton herunter und meinte, man habe nun genug von den 12000 Mark gesprochen. Andere meinten wieder, der „Mißgriff" liege nicht beim Reichsamt des Innern, sondern bei Jenen, die den Bueckbrief in die Oeffentlichkeit gebracht hätten. Und so säuberten sich die Vertreter der bürgerlichen Moral gegenseitig das Gewissen, bis endlich der alte Kardorff, der berühmte Gründer der Laurahütte, den Rekord schlug. Er begrüßte den sozialdemokratischen Antrag, eine Kommission zur Untersuchung der 12 000 Mark-Affäre einzusetzen, mit ironischer Freude, nachdem das Zentrum sich gegen den Antrag ausgesprochen. Er meinte, der Antrag würde eine schöne Gelegenheit schaffen, dem Staatssekretär im Reichsamt des Innern ein großartiges Vertrauensvotum zu geben.

Wir zweifeln auch gar nicht daran, daß der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt werden wird.

Also ein Vertrauensvotum in einer Sache, die der Reichskanzler selbst als einen Mißgriff bezeichnen mußte.

In den parlamentarischen Annalen aller Kulturländer wird es wenig dergleichen Vorgänge geben.

Posadowsky wird vorläufig im Amte bleiben, das hat er ausdrücklich erklärt. Wann und wie ihn die Woge der Zeit hinwegschwemmt, das muß man abwarten. Seine Stunde wird auch schlagen.

Wir müssen offen gestehen: Wir beneiden ihn nicht um seine Position und es wird überhaupt wenig Leute geben, die ihn beneiden. Die Proletarier, die an Einkommen kaum in einem Jahre beziehen, was Graf Posadowsky in vierzehn Tagen bezieht, werden ihn am allerwenigsten beneiden.

Das Vertrauensvotum der bürgerlichen Parteien steht nur auf dem Papier. Dies Papier kann Graf Posadowsky an sich nehmen, wenn er Werth darauf legt. Aber etwas kann nicht beschafft werden, seitdem die 12 000 Mark-Affäre bekannt geworden — das Vertrauen der Massen zu der vom Reichsamt des Innern geleiteten Sozialpolitik des Reiches. Wie eine tiefe Kluft gähnt es zwischen diesem Reichsamt und den Arbeitermassen. Da müßte ein ganz neuer Staatssekretär mit ganz neuen Maximen, ganz neuer politischer Schulung, ganz anderer Weltanschauung berufen werden, um auch nur einen leisen Schimmer von Vertrauen wiederherzustellen.

Dies Vertrauen war allerdings nur minimal gleich von Anfang an. Das Sozialistengesetz und die damit verbundenen harten Verfolgungen hatten die Arbeiter gegen alle Regierungsmaßregeln mißtrauisch gemacht, was nur zu begreiflich ist. Als das Sozialistengesetz fiel und der Ausbau, die Erweiterung der sozialpolitischen Gesetzgebung begann, da wurden einige — allerdings nicht allzu große — Zugeständnisse gemacht, welche die Zustimmung der Arbeiter fanden. Die Scharfmacher hintertrieben, was zu hintertreiben war, und die Regierung that ihr Möglichstes, immer wieder neues Mißtrauen zu säen, indem immer mitten zwischen den sozialpolitischen Gesetzen wieder die alten Knebelgesetze in neuer Gestalt erschienen. Es kam die Umsturzvorlage, es kam das „kleine Sozialistengesetz", es kam die Zuchthausvorlage. Man wußte gar wohl, von welchen Elementen die Regierung zu solchen Vorstößen getrieben wurde. Und dann kam die Enthüllung des Bueckbriefes und beleuchtete wie mit grellem Blitzesschein, was hinter den Koulissen vorging.

Wenn die Freunde des Grafen Posadowsky sich alle diese Thatsachen vergegenwärtigen, so werden sie sich selbst sagen müssen, daß man den Arbeitern kaum zumuthen kann, Vertrauen zu der derzeitigen Sozialpolitik zu haben. Und sie werden auch keines haben, weil sie Alles, was mit den Scharfmachern nur im entferntesten Zusammenhang steht, mit gerechtem Mißtrauen erfüllt.

Unter diesen Umständen hat das Verbleiben des Grafen Posadowsky in seinem Amte gar keinen Zweck, wenigstens was die Sozialpolitik betrifft. Grade die Sozialpolitik soll die Hauptaufgabe des Reichsamtes des Innern sein. Aber wenn sie gleich von vornherein auf so entschiedenes Mißtrauen im ganzen Volke stößt — kann da etwas Ersprießliches erreicht werden, namentlich wenn man bedenkt, daß auf der anderen Seite die Scharfmacher eifrigst bemüht sind, der sozialpolitischen Gesetzgebung alle nur denkbaren Hindernisse zu bereiten und sie womöglich ganz zum Stillstand zu bringen?

Und wenn die reaktionären Parteien dem Grafen Posadowsky zehntausend Vertrauensvoten schriftlich ausstellen, so wird sich die Masse des arbeitenden Volkes dadurch nicht im Mindesten beeinflussen lassen.

So leicht geht das heute nicht mehr, daß man, um die Arbeiter zu beschwichtigen, einfach betheuert, man wolle „das Wohl der minder bemittelten Klassen fördern", und daß man zugleich mit einer Zuchthausvorlage kommt und mit den Scharfmachern paktirt. Die Herren Staatsmänner, die so oft von den Schlagworten der Opposition reden, mögen sich gesagt sein lassen, daß sie mit den eigenen Schlagworten sparsamer sein sollen.

Graf Posadowsky wird sich nicht mehr „erholen" können.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 17. Januar. In der fortgesetzten Etatsdebatte ergriff nach einer kurzen Anregung des konservativen Abgeordneten von Salisch über die Ausdehnung der Unfallgesetze, der in diesen Tagen viel gerügerte Vater des Zentralverbandes deutscher Industrieller und Stellvertreter Stumms, Herr von Kardorff, das Wort. Die Galle des Gründers der Laurahütte hat viele Säfte aufgesogen, so daß sie anfängt, Herrn v. Kardorff in's Gehirn zu steigen. Er ärgert sich, daß die Bäckereiverordnung immer noch besteht. Da er Stumm vertreten muß, hat er auch die Pflicht, sich über den wilden Rösicke zu ärgern, und daß er dieses thut, bewies er dadurch, daß er diesen Herrn eine sozialpolitische Molluske nannte. Und dann zog er gegen unsere Partei in's Feld. Selbstverständlich mußte der Streit in der Leipziger Parteidruckerei herhalten und, so gut es ging, schlachtete er die jetzt durch die Presse gehende, von keinem besonders guten Geschmack zeugende Taktlosigkeit Katzensteins aus. Darauf gab er seinem Aerger darüber Ausdruck, daß es immer noch nicht feststeht, ob die Regierung den Weisungen folgen will, die man über die Zollfragen aus dem Büreau des Zentralverbandes an sie kommen läßt. Seinen Freund Stumm feierte er als Arbeiterfreund und nahm für diesen die Vaterschaft der Arbeiterversicherung in Anspruch. Dieser Streit um die Vaterschaft ist belustigend. In offiziellen und offiziösen Publikationen wird behauptet, daß Bismarck und Kaiser Wilhelm I. in der Botschaft vom 17. November 1881 die Sache angeregt und in Fluß gebracht haben. Aber sechs Monate vor Erscheinen der Botschaft hatte der Reichstag schon ein Gesetz über die Unfall- und Krankenversicherung der Arbeiter angenommen, welches jedoch nicht die Zustimmung der Regierung fand. Aber vor der ersten Regierungsvorlage hatte schon der bekannte Schienenflicker Baare eine Broschüre veröffentlicht, in welcher die ganzen Grundzüge der Unfallversicherung enthalten waren. So viel steht fest, daß der Plan von Großkapitalisten ausgeheckt ist und daß mehr kapitalistische Gewinnsucht als Wohlwollen für die Arbeiter das treibende Motiv gewesen ist.

Ein kleines karakteristisches Intermezzo brachte der Zentrumsredner Rintelen hervor. Er glaubte, daß es nöthig sei, die Urtheile des Kammergerichts über das Streikpostenstehen zu vertheidigen. Bei der Interpellation über das Lübeker Streikpostenverbot hatte sein Fraktionskollege, der Reichsgerichtsrath Spahn, erklärt, daß dieses Verbot dem Reichsrecht widerspreche. Da nun das Kammergericht, ebenso wie das Hamburger Oberlandesgericht, Urtheile gefällt hat, nach dem Straßenpolizeiverordnungen zu Recht bestehen, die in ihrer Wirkung sich nicht von dem Lübeker Verbot unterscheiden, so taucht die Frage auf, ob diese Verordnungen noch aufrecht zu erhalten sind, wenn das Reichsgericht über die Lübeker Verordnung sich der Ansicht Spahns anschließen wird. Auf jeden Fall wollte Rintelen beweisen, daß im Zentrum auch Gegner des Koalitionsrechtes der Arbeiter sitzen, und darum brachte er diese Gegnerschaft in juristischer Form gradeso zum Ausdruck, wie die Bischöfe es in ihrem Hirtenschreiben in theologischer Form gethan haben. Für die auf Arbeiterfang ausgehenden Mitglieder des Zentrums war diese Rede ebenso unbequem wie der Brief des Freiburger Bischofs.

Dann erhielt unser Genosse Fischer-Berlin das Wort, der nun eine nochmalige gründliche Abrechnung vornahm. Dem Herrn v. Kardorff sind schon oft grobe Wahrheiten gesagt worden, aber so derb, wie Fischer sie ihm verabreichte, hat er sie sonst noch nicht zu hören bekommen. Da hagelten die klatschenden Ohrfeigen auf den Helden der berüchtigten Gründerperiode vom Anfang der siebziger Jahre nur so herab. Dem Zentrum war es auch nicht allzu angenehm, daß unser Genosse die Rintelen'schen Ausführungen in die richtige Beleuchtung rückte und dann dazu überging, noch einmal den Grafen Posadowsky und die Zwölftausendmark-Affäre vorzunehmen. Ebenso treffend zeichnete er die komische Figur, die der dicke Dr. Oertel im politischen Leben spielt.

Der Freisinnige Zwick sprach über Frauen- und Kinderarbeit, wobei er mehr Pädagoge als Sozialpolitiker war. Dann gab Dr. Oertel einige Proben seiner rohen Denkweise zum Besten. Bei Besprechung der Bäckereiverordnung sprach er die Hoffnung aus, daß diese bald beseitigt werden möge; zu unserem Genossen Bebel gewandt, sagte er: Hier werde ich Derjenige sein, der zuletzt lacht. Oertel will also lachen, wenn die Lehrlinge im Alter von 14 bis 16 Jahren wieder der unbegrenzten Ausbeutung preisgegeben sind; wenn die Gesundheit dieser jungen Leute durch längere als 18stündige Arbeitszeit ruinirt wird. Dieses in Aussicht gestellte Lachen kennzeichnet die Natur des Anhängers der Prügelstrafe.

Kardorff und Oertel wetteiferten darin, den Staatssekretär Grafen Posadowsky zu vertheidigen; aber sie wollten dafür auch eine Belohnung haben. Posadowsky sollte versprechen, daß sämmtliche Handelsverträge gekündigt und höhere Zölle für Agrarprodukte geschaffen werden. Bei aller Zuneigung des Grafen für die Junker, ließ er sich doch nicht auf dieses Glatteis locken, sondern begnügte sich damit, eine Erklärung zu wiederholen, die Freiherr v. Thielmann im vorigen Jahre in der Budgetkommission abgegeben hat und aus welcher Jeder herausdeuten kann, was ihm paßt. Sonst stellte Graf Posadowsky noch den putzigen Satz auf: Auf jedem Blatt der preußischen Geschichte könne man ersehen, daß das Königthum immer die Rechte der unteren Stände vertreten habe. Würde man die Gesetze und Verordnungen einmal durchsuchen, wie diese Rechte vertreten sind, dann findet man in der ersten Verordnung vom 10. Juni 1733 Todesstrafe für Streiks, und in einem der letzten Gesetzentwürfe Zuchthausstrafe für dieselbe Handlung, die in zivilisirten Ländern als völlig erlaubt angesehen wird. Und die Fiskalität der preußischen Staatsbahnen und Bergwerke und die rigorose Unterdrückung der Arbeiter in diesen Betrieben steht doch auch auf einem Blatt der preußischen Geschichte, von dem man allerdings bei den Festreden schweigen wird.

Unser Genosse Rosenow hielt dann noch eine kleine Nachlese, bei welcher besonders Oertel schlecht wegkam. Im Uebrigen verlangte er, daß etwas mehr Sozialpolitik getrieben und den Arbeitern der Schutz gewährt werden solle, der in den Gesetzen in Aussicht gestellt ist.

Für den Kampf gegen den „Umsturz" wird in konservativen und industriellen Scharfmacherkreisen wiederum mobil gemacht. Das Stichwort dafür hat Graf Limburg-Stirum am Montag in seiner Etatsrede im preußischen Abgeordnetenhause gegeben, indem er erklärte:

„Ueber diesen Kampf kommen wir nicht hinweg, und wenn auch jetzt sehr viele Theile im Reichstage und im Lande die Lösung auf anderem Wege erwarten, und glauben, die Sozialdemokratie werde sich zu einer oppositionellen bürgerlichen Partei umgestalten, so theilen wir diese Auffassung nicht. Wir erwarten, daß man den Kampf mit Entschiedenheit aufnehmen wird, ehe es zu spät ist."

Verständnißinnig fügt das Berliner Hauptorgan der Scharfmacher, die von Krupp ausgehaltenen „Berliner Neuesten Nachrichten", dem hinzu: „Wir meinen, daß die konservative Partei im Reichstage sich ein großes Verdienst erwerben würde, wenn sie alsbald einen Antrag auf Wiedereinführung des Sozialistengesetzes mit entsprechender Abänderung in Bezug auf seine Dauer einbringen wollte. Wird dieser Antrag zunächst auch abgelehnt, so muß er in jeder Session rechtzeitig erneuert werden, wozu jedenfalls größere Berechtigung vorhanden ist als für andere alljährlich wiederkehrende Anträge. Kommt Zeit, kommt Rath!"

Offenbar wittern die Scharfmacher in dem Grafen Bülow den „starken Mann", nach dem sie schon so lange Ausschau halten. Oder sie möchten ihn wenigstens in diese Rolle hineindrängen. Die Junker möchten gar gern die Bismarck'sche Politik von 1878/79 kopiren. Damals ging das Sozialistengesetz dem großen schutzzöllnerischen Raubzug auf die Taschen der Volksmassen voraus; dem Volke hing man mit dem Sozialistengesetz ein Schloß vor den Mund, um seine Protestrufe gegen die Ausplünderung zu ersticken. Jetzt eben schicken sich die Junker und ihre großindustriellen Helfershelfer zu einem neuen Beutezuge an. Kein Wunder, daß sie die Sehnsucht packt, das vor 22 Jahren gegebene Beispiel nachzuahmen und ein neues Knebelgesetz zu schaffen. Diese Sehnsucht ist heute um so erklärlicher, als das Proletariat gegenwärtig eine ganz andere Macht repräsentirt als damals. Je mehr man es und seine Opposition fürchtet, um so größer die Neigung, es auf's Neue völlig mundtodt zu machen. Glücklicherweise steht die Macht zur Verwirklichung der reaktionären Pläne im umgekehrten Verhältniß zum Hitzegrade des scharfmacherischen Feuers. Was 1878 gelang, als die Sozialdemokratie wenige Hunderttausende von Anhängern zählte, das ist heute, wo Millionen zu ihr stehen, ein Ding der Unmöglichkeit.

Mit Recht findet die „Frankf. Ztg." es sehr auffällig, daß der verantwortliche Träger der Regierungsgewalt solche Aeußerungen und Aufforderungen, wie die des Grafen Limburg-Stirum, in das Land hinausgehen läßt, ohne seine Stellung zu diesem Programm kund zu thun, und ebenso bedauerlich, daß die übrigen Parteien des Landtages auf diesen planvollen Vorstoß nichts zu erwidern hatten. „Wir nehmen an," sagt das Blatt, „daß man es wenigstens im Reichstage versteht, Graf Bülow hierüber die Zunge zu lösen. Die innerste Natur der preußischen Reaktionäre ist kaum je so nackt und bloß zu Tage getreten, als in diesem Vorgehen. Dem Großgrundbesitz soll die Gesammtheit tributpflichtig gemacht werden und ebenso erhält die Großindustrie ihre Bereicherungszölle garantirt. Für die große Masse des Volkes aber neue schwere Lasten. Da nun diese Politik die vorhandene Unzufriedenheit selbstverständlich maßlos vermehren muß, deshalb neue Knebelungsgesetze, neuer Kampf gegen den Umsturz. Die wahren Umstürzler und Unruhestifter sind jedoch Jene, die derartige brutale Vergewaltigungsvorschläge machen oder sich ihnen anschließen. Wir hoffen, daß diese Rede des Grafen Limburg-Stirum und der Kommentar, den sie in den Organen der Scharfmacher findet, nun endlich das Sturmsignal gegen die sogenannte Versöhnungspolitik bildet, eine Versöhnungspolitik, die in Wahrheit für das Volk eine Verhöhnungspolitik bedeutet. Es ist wahrhaftig hohe Zeit für eine klare Scheidung der Geister!"

Wir befürchten, daß demokratische Blatt hofft umsonst, daß die zitirten Auslassungen als Sturmsignal dienen werden. Die antiagrarischen Parteien zeigen gegenwärtig eine an Fatalismus grenzende Lauheit. Sie haben allen Glauben an sich selbst und alle Hoffnung verloren. So sieht's wenigstens bisher aus.

Die agrarische Bescheidenheit — in Zahlen wird wieder trefflich illustrirt durch einen Antrag, den Graf Mirbach im preußischen Herrenhause gestellt hat und der eine Aenderung des preußischen Gesetzes über die Ergänzungs-(Vermögens-) Steuer bezweckt. Der Herr Graf und seine meist dem Hochadel angehörenden Mitunterzeichner des Antrags wünschen, wie man aus der Begründung des Antrags erfährt, die durchgängige Herabsetzung der Vermögenssteuersätze auf die Hälfte für alles Vermögen, das aus land- oder forstwirthschaftlichen Grundstücken besteht. Einen dahingehenden Antrag einzubringen, „behält sich der Antragsteller vor"; zunächst ist er so bescheiden, nur einen Antrag zu stellen, welcher — den ländlichen Grundbesitz unter Umständen noch mehr bevorzugen würde im Vergleich mit anderem Vermögen. Es soll nämlich, statt der sonst vorgeschriebenen Schätzung des Werthes der in Gewerbe- und Landwirthschaftsbetrieben angelegten Vermögen, bei Grundstücken, welche ganz oder überwiegend dem Betriebe der Land- oder Forstwirthschaftschaft 2c. dienen, deren Werth, sofern ihre Eigenthümer dem Einkommensteuergesetze unterliegen, aus dem Einkommen, mit welchem sie im vorhergehenden Steuerjahre zur Einkommensteuer herangezogen wurden, sich ergeben; der fünfundzwanzigfache Betrag dieses Einkommens aus solchen Grundstücken soll deren steuerbaren Werth bestimmen; bei Grundstücken, deren Eigenthümer dem Einkommensteuergesetze nicht unterliegen, soll die Feststellung des steuerbaren Werthes nach gleichen Grundsätzen durch eine besondere Schätzung erfolgen. Worauf es hierbei abgesehen ist, das erkennt man aus einer in der Begründung erhobenen beweglichen Klage. Der Werth eines Majorats, dessen Reinertrag für die Einkommensteuer auf M. 21 203 „festgestellt" war, wurde für die Vermögenssteuer auf mehr als 2 Millionen Mark geschätzt, und der Doppelmillionär, welcher sich dieses Besitzes erfreut, wurde daher wenigstens vermittels der Ergänzungssteuer zu M. 1000 Steuer herangezogen, während er von dem „festgestellten" Reinertrag von M. 21 203 — etwa ein Prozent des Gutswerthes! — nur M. 630 Einkommensteuer zu zahlen hatte. Nach dem Antrage des Grafen Mirbach nun würde das Majorat nur rund auf 25 × 21 000 = 525 000 Mark zu schätzen und daher nur mit M. 262,50 Ergänzungssteuer zu belasten sein. Der arme Majoratsherr würde also nur etwa ein Viertel der jetzt gesetzlichen Vermögenssteuer zu zahlen haben. Alles bewegliche Vermögen und auch städtischer Grundbesitz würden, selbst wenn sie keine Rente abwerfen, den vollen Steuerbetrag zu entrichten haben. Man sieht, die Herren Junker verstehen sich darauf, die Gesetze zu ihren Gunsten zu gestalten!

Unter den Unterzeichnern des Antrages befinden sich 9 Fürsten, Prinzen und Herzoge, 26 Burggrafen und Grafen, 9 Freiherren, 28 andere Adelige und nur ein einziger Bürgerlicher, der freilich auch schon so gut wie adelig ist, Herr Birkner-Cadinen. Der angebliche Grundsatz des Adels: Noblesse oblige! scheint für sie nicht zu existiren, sie denken: Nehmen ist seliger als Geben!

Die „Noth der Landwirthschaft", die in dem Liebesgaben-Geheul der Agrarier eine so große Rolle spielt, erfährt durch die preußischen Steuerergebnisse eine eigenartige Beleuchtung. Die dem preußischen Abgeordnetenhause zugegangene Uebersicht der Einkommensteuerveranlagung für 1900 zeigt eine stetige Zunahme des Einkommens auf dem platten Lande.

Die Gesammtzahl der Zensiten, d. h. derjenigen physischen Personen, die ein Einkommen von über 900 Mark haben und deshalb steuerpflichtig sind, ist, seitdem das neue Einkommensteuergesetz eine genaue Statistik ermöglicht, also seit 1892, auch auf dem platten Lande von Jahr zu Jahr gewachsen, und zwar von 5,68 pZt. der Bevölkerung im Jahre 1892 auf 6,86 im Jahre 1900. Auch die veranlagte Einkommensteuer auf dem platten Lande hat sich erhöht von 30,47 Millionen Mark im Jahre 1892 auf 38,85 Millionen Mark im Jahre 1900. Die Steigerung ist namentlich in den beiden letzten Jahren sehr erheblich gewesen.

Das veranlagte Einkommen selbst betrug 1892 **1851** Millionen Mark, 1900 **2352** Millionen. Die Veranlagung von 1899 wies ein Plus an Einkommen gegen das Vorjahr nach von 134 Mill. Mark, die neue Veranlagung für 1900 ein Plus von 157 Millionen Mark gegen 1899.

Wir wollen nun keineswegs behaupten, daß die Steuerstatistik ein absoluter Gradmesser für die Vertheilung des Wohlstandes ist. Aber immerhin wird durch die Zahlen bewiesen, daß von einem Nothstande auf dem Lande keine Rede sein kann. Was bewiesen wird durch die Zahlen, ist, daß zwar das Einkommen gewachsen ist, aber die Ansprüche noch mehr.

Bekehrte Kanalgegner sind nach der „Schles. Ztg." die Vertreter der oberschlesischen Montanindustrie ebenso wie die Mitglieder der Oppelner Handelskammer. Dem konservativen Blatt zufolge werden die sämmtlichen industriellen wirthschaftlichen Vereine und die Handelskorporationen Oberschlesiens schon in allernächster Zeit öffentliche Erklärungen abgeben, daß sie für die erweiterte große neue Kanalvorlage sind, sofern durch dieselbe die den Antrag des Grafen Strachwitz aus dem Jahre 1899 entsprechenden Kompensationen gewährt werden, und gleichzeitig werden dieselben Vereine sich mit ihren Abgeordneten in Verbindung setzen.

Die preußische Anti-Polen-Politik greift zu immer bedenklicheren Maßnahmen, um die Polen zur Germanisirung zu zwingen. So wird jetzt der Berliner „Volksztg." aus Posen, 16. Januar, berichtet:

„Die hiesigen Postbeamten polnischer Nationalität, denen es schon früher verboten war, in den Postämtern untereinander oder mit dem Publikum polnisch zu sprechen, dürfen von jetzt an auch nicht mehr auf der Straße, in öffentlichen Lokalen u. s. w. mit ihren Familienangehörigen, Bekannten u. s. w. sich in polnischer Sprache unterhalten. Nach polnischen Blättern sollen auf vielen Postämtern in der Provinz zahlreiche Postsendungen lagern, die ihrer polnischen Adresse wegen nicht bestellt werden. An den Aufgabeorten seien diese Postpackete aber noch angenommen worden.

Wie Herr v. Rheinbaben im Abgeordnetenhause erklärt hat, sind diese Maßnahmen der Postbehörde auf seine Veranlassung getroffen worden. Der Reichstag wird Gelegenheit erhalten, sich mit diesen ganz unerhörten Maßnahmen zu beschäftigen. Der Abg. v. Glebocki hat mit Unterstützung der polnischen Reichstagsfraktion folgende Interpellation eingebracht: 1) Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in letzter Zeit an vielen Orten des Bundesstaats Preußen die Postbehörden Postwerthsendungen und einfache Briefe entgegen den Bestimmungen der Postordnung vom 20. März 1900 nicht befördert haben, wodurch zum Theil materieller Schaden für das betreffende Publikum entstanden ist? 2) Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um in Zukunft solchen Uebelständen vorzubeugen?

Hoffentlich wird den preußischen Behörden, die das Bedürfniß fühlen, das Polenthum zu bekämpfen, mit aller wünschenswerthen Entschiedenheit klar gemacht, daß sie dabei nicht über den Rahmen des Gesetzes hinausgehen dürfen.

Die Berufsgenossenschaften und der Zentralverband der Industriellen. Der Abg. Rösicke hatte im Reichstage darauf hingewiesen, daß eine Anzahl Berufsgenossenschaften die Mitgliedschaft des Zentralverbandes der Industriellen erworben hätten und widergesetzlich Gelder für Mitgliedsbeiträge verwenden. Die „Berliner Neuesten Nachrichten" bringen jetzt von berufsgenossenschaftlicher Seite eine „Zuschrift", in der die Behauptung Dr. Rösickes durchaus bestätigt wird. Vorläufig versucht die betreffende Zuschrift die Ungesetzlichkeit dieses Verhaltens zu bestreiten, setzt sich damit aber über den klaren Wortlaut des § 31 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes hinweg. Auf solche kleine Ungesetzlichkeiten kommt es dem großindustriellen Unternehmerthum aber nicht an. Sie betrachten die Berufsgenossenschaften als Grundstock gewerblicher Organisation. Ist doch auch einer der Ihren, der durch die Schienenflickerei berühmt gewordene Kommerzienrath Baare, der Erfinder dieser Organisationsform für die Unfallversicherung.

Die Uniformen ohne blanke Knöpfe sollen noch nicht allgemein zur Einführung kommen, sondern es soll sich bei der betr. Mittheilung nur um das ostasiatische Korps handeln. Daran wird die Bemerkung geknüpft, daß im Kriegsfalle die blanken Ausrüstungsstücke übrigens schnell verschwinden werden.

Warum sie aber dann im Frieden beibehalten und den Steuerzahlern unnütze Kosten, den Soldaten unnütze Arbeit aufbürden?

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung ist nach den Zusammenstellungen des Parteivorstandes im Monat Dezember v. J. belastet worden mit insgesammt 1 Jahr, 9 Monaten und 3 Wochen Gefängniß und M. 1205 Geldstrafe.

---

r. **Reaktionäres aus der Schweiz.** Es giebt leider seit längerer Zeit aus der Schweiz wenig Erfreuliches für ein ausländisches sozialdemokratisches Blatt zu berichten. Die Verschärfung der wirthschaftlichen und politischen Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital hat die bürgerlichen Elemente zusammengeführt und da sie im Besitz der politischen Macht sind, so stellen sie eben dieselbe auch in den Dienst ihrer Interessen. Dafür heute zwei Beispiele. In Basel besteht der größte Konsumverein der Schweiz mit za. 20 000 Mitgliedern, die sich unterschiedslos aus allen Kreisen der Bevölkerung rekrutiren. Die Spezereihändler und ihre kleinbürgerlichen wie kapitalistischen Bundesgenossen betreiben gegen denselben seit Jahren eine wüste Hetze und nun haben sie einen „Antikonsumverein" gegründet, den man als eine Travestie bezeichnen könnte, um den wirklichen Konsumverein zu vernichten. Sie haben aber der Wunderkraft dieses ihres neuesten Kampfmittels offenbar selbst wenig Wirkung und Erfolg zugetraut und sie thaten daher noch ein Uebriges und wandten sich an den Bundesrath in Bern um seine gefällige Mitwirkung. Und derselbe Bundesrath, der den Arbeitern gegenüber nur die Sozialpolitik der Negation kennt, griff auch sofort ein und verbot den eidgenössischen Angestellten (Zoll- und Postbeamten 2c.) die Annahme einer Verwaltungsrathsstelle im Konsumverein, wodurch er dieselben zu Bürgern zweiter Klasse degradirte. Gleichzeitig sitzen aber ganz unbeanstandet andere eidgenössische Beamte in den Aufsichts- und Verwaltungsräthen von — Aktiengesellschaften und helfen denselben fette Gewinne und Dividenden „erarbeiten". Also eine ganz elende „Mittelstandspolitik", die hoffentlich das Gegentheil des gewollten Zweckes zur Folge hat. — Sodann ist ein neues nettes Stückchen von unserer „herrlichen politischen Polizei" zu melden. Es wurden nämlich verschiedene Fälle festgestellt, in denen die Post Sendungen, die für Anarchisten oder des Anarchismus „Verdächtige" bestimmt waren, statt an die Adressaten, an die politische Polizei ablieferte. Es ist überaus karakteristisch für den Stand der Dinge in der Schweiz, daß außer der sozialdemokratischen Presse bis jetzt nur ein einziges bürgerliches Blatt, die „Züricher Post", dagegen Stellung nahm, während die gesammte übrige bürgerliche Presse diese ungeheuerliche russische Polizeiwirthschaft ausdrücklich oder stillschweigend billigt. Wie tief gesunken ist doch die Schweiz unter der entarteten Herrschaft der Radikalen. Früher konnte man die Schweiz dem Ausland als politisches und sozialpolitisches Vorbild zur Nachahmung vorhalten, heute befleißigt sie sich der Nachahmung aller reaktionären Streiche des Auslandes. Und die Sozialdemokratie ist leider noch viel zu schwach, um durch ihre fortschrittlichen und freiheitlichen Tendenzen jene reaktionären Tendenzen zu paralysiren.

Zum französischen Vereinsgesetz hat die sozialistische Fraktion in der Deputirtenkammer einen Zusatzantrag eingebracht, wonach sämmtliche beweglichen und unbeweglichen Güter der Kongregationen unveräußerlich zum Staatseigenthum erklärt und jene Immobilien, die die Kongregationen mit Hypotheken belastet haben oder als Miether bewohnen, so lange sequestrirt werden sollen, bis die rechtmäßigen Besitzer dieser Immobilien in unzweifelhafter Weise festgestellt sind.

Die Karlistenbewegung in Spanien ist trotz aller Ableugnungen der Regierung sehr ernster Natur. Nach der „Köln. Zeitung" veröffentlicht der Madrider „Correo" über einen nahe bevorstehenden Karlistenputsch einen Aufsehen erregenden Brief aus Navarra. Der Waffenschmuggel dauere ungeschwächt fort, das ganze Land sei mit karlistisch gesinnten Mönchen gradezu überschwemmt; an allen öffentlichen und vielen privaten Häusern würden auf ihre Veranlassung als herausforderndes Erkennungszeichen Plakate mit dem „Herzen Jesu" angebracht. In den Sitzungssälen vieler Gemeinderäthe seien bereits die Bilder der Königsfamilie durch Kruzifixe ersetzt. In den Bergen, sowie in Orten, wo die Weinernte verloren gegangen ist, spreche man es offen aus, daß die Zeit großer Entschlüsse herannahe.

---

v. **Hungersnoth in Niederländisch-Indien.** Schon im vorigen Jahre publizirte der Genosse Van Kol Briefe von Java, wonach dort eine Hungersnoth drohe. Die Regierung und ihre Presse leugneten damals diese Gefahr, und als sie schon Thatsache war, leugneten sie sie noch. Nun aber ist es damit plötzlich zu Ende. Alle niederländisch-indischen Zeitungen, die „Semarang-Courant", die „Locomotief" aus Soerabaja, die „Soerabaja-Courant" und nun auch der einflußreiche „Java-Bode", publiziren Thatsachen, welche das Vorhandensein einer wirklichen Hungersnoth feststellen. Im vorigen Jahre sind in den Distrikten Demak und Grobogan die Reis-Ernten vollständig mißlungen, weil in Folge des vielen Regens das Land nicht bearbeitet werden konnte. Schon mehr als ein halbes Jahr leidet die Bevölkerung Hunger. Auch der Mais, womit sich sonst die ärmste Bevölkerung nährt, ist schrecklich theuer und kostet das Vierfache des sonstigen Preises. Man ißt nun allerhand Wurzeln und Knollen, wodurch viele Krankheiten entstehen. Dazu kommt noch, daß auch aus Mangel an Futter eine Seuche unter dem Vieh ausgebrochen ist, die Surrah-Seuche genannt. Eine der Ursachen, daß dem Mangel an Reis nicht begegnet werden kann, ist die Lage in China, von wo jetzt nichts ausgeführt wird.

Dies Alles gilt für den Distrikt Samarang. Nun kommen gleiche Nachrichten aus dem Distrikt Bagelan der die dichteste Bevölkerung der Erde hat. In Bagelan, wohnten 1891 schon 21 557 Menschen auf jeder geographischen Meile. Die Provinz hatte damals 1½ Mill. Einwohner. Diese Bevölkerung ist nur zu ernähren, wenn jedes Jahr zwei Ernten gewonnen werden; im vergangenen J